Kreistag des Landkreises Altenburger Land

Niederschrift KT/06/2010

der 6. Sitzung des Kreistages des Landkreises Altenburger Land **– öffentlicher Teil -** am Mittwoch, dem 10.02.2010, 17:04 Uhr, im Landratsamt Altenburger Land, Lindenaustraße 9, 04600 Altenburg, Landschaftssaal

---

Anwesenheit:

Landrat

Rydzewski, Sieghardt

Fraktion CDU

Etzold, Stephan	
Golder, Barbara	
Götze, Wolfgang	bis 18:43 Uhr
Gumprecht, Christian	ab 17:55 Uhr
Horny, Hans-Joachim Dr.	
Lorenz, Kathrin	ab 17:06 Uhr
Melzer, Uwe	
Nündel, Thomas	
Reinboth, Gerd	
Ronneburger, Jürgen	
Schröter, Fritz	
Tanzmann, Frank	
Ulich, Antje	
Ungvari, Johannes	

Fraktion SPD

Backmann, Kathrin
Diedrich, Peter Dr.
Franke, Sabine
Prehl, Ingo
Repkewitz, Christian
Schemmel, Volker
Scholz, Wolfgang
Stange, Steffen
Wolf, Michael
Zehmisch, Martina

Fraktion Die Linke.Altenburger Land

Bergner, Peter
Börngen, Klaus
Burkhardt, Bernd
Fache, Sabine
Hübschmann, Klaus

Klaubert, Jana
Klaubert, Kati
Plötner, Ralf
Sojka, Michaele
Tempel, Frank

Fraktion FDP

Heitsch, Hans-Jürgen
Hermann, Rolf
Kunze, Harald Dr.
Schalla, Karsten
Scheidel, Daniel

Fraktion Die Regionalen

Bugar, Hans-Peter
Liefländer, Klaus-Peter
Reimann, Thomas
Schleicher, Wolfgang

Beigeordnete

Gräfe, Christine

Fachbereichsleiter

Boße, Ludger
Thieme, Ronny
Wenzlau, Bernd

sowie Fachdienstleiter und weitere Mitarbeiter des Landratsamtes, Vertreter der Presse und weitere Zuhörer.

Entschuldigt fehlen:

Fraktion CDU

Waldenburger, Karsten Dr.	Urlaub

Fraktion SPD

Schubert, Hartmut Dr.	dienstliche Verpflichtungen
Schwerd, Dirk	Lehrgang

Vorsitz: Fritz Schröter

Schriftführung: Gudrun Benndorf Mareile Köhler

Beginn der Sitzung: 17:04 Uhr

Ende der Sitzung: 18:52 Uhr

Tagesordnung:

		Drucksachen Nr.
1	Bürgeranfragen	
2	Genehmigung der Niederschrift über die 4. Sitzung vom 02.11.09	
3	Genehmigung der Niederschrift über die 5. Sitzung vom 01.12.09	
4	Verschiedenes	
4.1	Informationen des Landrates	
4.2	Anfragen aus dem Kreistag	
5	Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2010 des Landkreises Altenburger Land	KT-DS/049/2010
6	Finanzplan einschließlich Investitionsprogramm für die Jahre 2009 bis 2013	KT-DS/050/2010
7	Feststellung des Jahresabschlusses, Ergebnisverwendung sowie Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der TPT Theater und Philharmonie Thüringen GmbH für das Geschäftsjahr 2008	KT-DS/051/2010
8	Feststellung des Jahresabschlusses, Ergebnisverwendung sowie Entlastung der Geschäftsführung der Krankenhaus-Service-Gesellschaft Altenburger Land mbH und des Aufsichtsrates der Klinikum Altenburger Land GmbH für das Geschäftsjahr 2008	KT-DS/053/2010

Verlauf der Sitzung:

Der Vorsitzende, Herr Schröter, eröffnet die 6. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und dass Beschlussfähigkeit besteht. Die oben stehende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

TOP 1 Bürgeranfragen

Es gibt keine Bürgeranfragen.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 4. Sitzung vom 02.11.09

Der Vorsitzende verweist auf die gesetzliche Grundlage für die Genehmigung der Niederschrift (§ 112 i. V. mit § 42 Abs. 2 ThürKO). Er stellt fest, dass die Niederschrift allen KTM zugegangen ist und dass es keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche gibt.

Die Niederschrift über die 4. Sitzung des Kreistages vom 02. Nov. 2009 wird mehrheitlich (eine Stimmenthaltung) genehmigt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die 5. Sitzung vom 01.12.09

Die Niederschrift ist allen KTM zugegangen. Änderungs- oder Ergänzungswünsche gibt es nicht.

Die Niederschrift über die 4. Sitzung des Kreistages vom 01. Dez. 2009 wird einstimmig genehmigt.

TOP 4 Verschiedenes

TOP 4.1 Informationen des Landrates

Der Landrat informiert, dass in den Mappen der KTM folgende Materialien liegen:
- Information des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zum Thema Regionalflughäfen,
- Beitragsordnung und Mitgliederliste des Fremdenverkehrsverbandes Altenburger Land e.V.

Bereits zugesandt wurde den KTM das OVZ-Interview mit dem Intendanten der TPT Theater … GmbH, Herrn Prof. Oldag, vom 31.01.10.

Weiter teilt er mit, dass Frau Sojka heute die Antwort auf ihre Anfragen zur Sitzung des Schul-, Kultur- und Sportausschusses am 11.01.10 (betrifft Kita- und Hortgebührenübernahme für Bedürftige, Übernahme Schülertransportkosten usw.) erhalten hat. Den Fraktionen wurde eine Kopie des Antwortschreibens übergeben.

TOP 4.2 Anfragen aus dem Kreistag

Der Vorsitzende teilt mit, dass keine schriftlichen Anfragen vorliegen und räumt den KTM ein, mündliche Anfragen vorzutragen.

Herr Schalla bezieht sich auf das im Amtsblatt Nr. 17 vom 19.12.09 abgedruckte Grußwort des Landrates zum Jahreswechsel, in dem u. a. auch auf die Neuwahl des Kreistages eingegangen wurde, und zitiert: „Die Sacharbeit steht im Vordergrund und eine ganz klare Mehrheit ist daran interessiert, gute Entscheidungen zu treffen, die unser Altenburger Land wirklich voranbringen.“ Vom Landrat möchte er dazu Folgendes wissen:
1. „Können Sie die Minderheit namentlich oder fraktionsspezifisch konkretisieren?
2. Woran machen Sie diese Aussage fest, also worauf gründet sich die Aussage, dass es scheinbar Kreistagsmitglieder gibt, die nicht an einem positiven Voranbringen des Altenburger Landes interessiert sind?“.

Der Landrat meint, dass eine ganz klare Mehrheit auch alle bedeuten kann, er sich aber nicht erlaubt, für alle zu sprechen. Seine Erfahrung jedenfalls zeigt, dass es nicht immer alle sind, insbesondere bei Entscheidungen von größerer Tragweite. Im Übrigen hat er seine persönliche Meinung, seine Sicht auf die Dinge dargelegt und er ist nicht bereit, die herbei geredete Minderheit zu quantifizieren.

Weitere Anfragen gibt es nicht. Der Vorsitzende schließt den TOP.

KT-DS/049/2010

TOP 5 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2010 des Landkreises Altenburger Land

Der Vorsitzende verweist auf die vorliegende KT-DS/049/2010.
Die Kreistagsmitglieder haben heute eine neue Seite 2 des blauen Deckblattes mit dem ergänzten Beschlussvorschlag, die Empfehlungen des Finanz- und des Kreisausschusses vom 08.02.10 sowie Austauschblätter zum Haushaltsplan (HHPlan) erhalten.

Der Landrat erhält vom Vorsitzenden das Wort zur Begründung.

Der Landrat geht einleitend auf die bereits in den Ausschusssitzungen dargelegten unzureichenden Grundlagen für die Erarbeitung des Haushaltsplanentwurfes 2010 und die sich seit der Vorlage am 09.12.09 immer wieder ändernden Rahmenbedingungen für die Planung ein. Die ganze Situation ist für ihn nicht akzeptabel. So waren die in den Gremien umfangreich beratenen Änderungsvorschläge, die im übergebenen HHPlan vom 01.02.10 enthalten waren, zu verwerfen und es musste kurzfristig erneut diskutiert werden. Nach der gemeinsamen Beratung von Finanz- und Kreisausschuss unter Mitwirkung der Ausschussvorsitzenden am Montag liegen nun die neuerlichen Veränderungen vor. Eckpunkten des HHPlanes 2010:

- der HHPlan ist ausgeglichen und damit gesetzeskonform,
- Gesamtvolumen beträgt nunmehr 106,3 Mio. €, davon 97,5 Mio. € im Verwaltungshaushalt (VwH) und 8,8 Mio. € im Vermögenshaushalt (VmH),
- 95 % der Einnahmen hängen vom Land ab bzw. kommen von den Gemeinden,
- 2,3 Mio. € weniger Schlüsselzuweisung vom Land als im Vorjahr, alle weiteren Landeszuweisungen sind vorläufig oder basieren auf bisherigen Berechnungen,
- die sozialen Leistungen steigen erneut in Größenordnung, 54 % des VwH sind soziale Leistungen, Schwerpunkt sind die Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV), Vergleich: im Jahr 2000 Ausgaben von 21,5 Mio. € für alle sozialen Leistungen/2010 = 52,4 Mio. €,
- Hilfeempfänger haben einen Rechtsanspruch, dagegen kann man sich nicht wehren außer, ein Kontrollmechanismus kommt stärker zum Tragen,
- Hilfeempfänger sind Einwohner der Städte und Gemeinden, Kreisbürger gibt es nicht, Landkreis muss stellvertretend für die Gemeinden die Leistungen erbringen,
- immer mehr Leistungen wurden von Bund und Land auf die kommunale Ebene verlagert, Hartz IV ist totale Fehlkonstruktion - gewaltiger Bürokratiemechanismus muss mitfinanziert werden,
- Personalausgaben sind mit 23,2 Mio. € veranschlagt und damit kein Euro mehr als 2009, obwohl der Haustarif ausgelaufen ist und eine Reihe von Bediensteten wieder voll arbeiten, in den letzten Jahren haben die Mitarbeiter durch 2 Haustarifverträge mehrere Millionen zur Entlastung des HH beigetragen und nun durch freiwillige Arbeitszeitverkürzung,
- seit 2000 wurden 125 Stellen abgebaut, sind 20 % weniger Mitarbeiter, im Vergleichzeitraum sank die Bevölkerungszahl des Landkreises um 10 %,
- die bei den gegenwärtige Tarifverhandlungen geforderten 5 % wären nicht zu verkraften, zu hoffen ist, dass der Abschluss ein ganzes Stück darunter liegt,
- Kreisumlage: Umlagesoll beträgt 24,2 Mio. €, Umlagesatz 35,294 % der Umlagegrundlagen, in den letzten Wochen erfolgte pauschale Verurteilungen bringen nichts, man muss sich den Themen stellen und die Diskussion ganz sachlich und intensiv

führen, eine große Herausforderung in diesem Jahr ist die Weichenstellung für die Theaterfinanzierung,
- Schulumlage: Umlagesoll 2,65 Mio. €, entspricht damit fast genau dem Stand des Vorjahres,
- Haushalt gewährleistet die Erfüllung der übertragenen gesetzlichen Aufgaben und darüber hinaus alle Aufgaben der Daseinsfürsorge (freiwilliger Bereich),
- VmH: tatsächliches Investitionsvolumen rd. 3,5 Mio. € und damit so niedrig wie noch nie, Verfall an Gebäuden und Straßen wird schneller gehen als repariert werden kann, von Neubau keine Rede,
- einige Maßnahmen im Schulbereich und beim Straßenbau mit Landesförderung stehen unter Vorbehalt, ob diese bereitgestellt wird,
- für Deckensanierung 700 T€ geplant, wovon 400 T€ unter Sperrvermerk stehen,
- erste Rate für Neubau Feuerwehrhaus in Altenburg ist mit 243 T€ eingestellt, insgesamt sollen es dann 810 T€ sein,
- nicht im HHPlan veranschlagt aber fortgeführt werden die Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II (bereits im letzten Jahr enthalten),
- Investitionsprogramm für Folgejahre ebenfalls aufgrund der beschränkten finanziellen Möglichkeiten sehr überschaubar und mit den aktuellen Entnahmen aus der Kreisrücklage weiter begrenzt,
- Wirtschaftspläne der Unternehmen mit kreislicher Beteiligung sind beigefügt, Erläuterungen siehe Vorbericht.

Der Landrat stellt fest, dass in den Haushaltsberatungen der Wille deutlich wurde, trotz angespannter Haushaltslage alle Möglichkeiten zur Erfüllung der Aufgaben zu nutzen. Was heute zur Beschlussfassung vorliegt, ist alles andere als zufrieden stellend und nicht wenige KTM werden sich mit ihrer Zustimmung schwer tun oder aus ganz unterschiedlichen Gründen auch nicht zustimmen (Flugplatz, Kreisumlage, zu wenig Investitionen usw.). Eigentlich müsste auch er sich fragen, ob er dem HH mit gutem Gewissen zustimmen kann. Dieser HH geht ganz klar an die Substanz und es werden artfremde Mittel zur Senkung der Kreisumlage eingesetzt. Wenn dieser Prozess fortgesetzt wird, verliert der Landkreis jede Investitionskraft, zieht man sich faktisch selbst den Boden unter den Füßen weg. Einer solchen Entwicklung wird er sich in Zukunft stärker in den Weg stellen, als er es am Montag in Kompromissbereitschaft getan hat. Selbstverständlich stimmt er in Wahrnehmung seiner Verantwortung für den Landkreis dem HH zu. Abschließend bittet er die KTM, sich ebenfalls unter Zurückstellung der Einzelthemen der Verantwortung für das Ganze zu stellen und den vorliegenden HH zu bestätigen.

Der Vorsitzende eröffnet die Diskussion.

Herr Ronneburger, Vorsitzender der CDU-Fraktion, stellt einleitend fest, dass der vorliegende HH die Fraktion nicht unbedingt zum Jubeln animiert. Eine um 2,4 Mio. € reduzierte Schlüsselzuweisung, die um 1,7 Mio. € erhöhte Kreisumlage und ein VmH, der mittlerweile auf rd. 8,9 Mio. € zusammengeschrumpft ist, waren die Eckpunkte des Planentwurfs vom Dez. Etwas Entlastung versprach die Kunde aus Erfurt, die Schlüsselzuweisung um 1,28 Mio. € zu erhöhen, was zu intensiven Diskussionen in den Ausschüssen über die Verwendung führte. Die gemeinsame Sitzung des Finanzausschusses mit den Vorsitzenden der Ausschüsse brachte am 20.01. eine vorerst einvernehmliche Lösung (Senkung der Kreisumlage, zusätzliche Mittel zur Unterhaltung der Kreisstraßen, zur Anschaffung und Unterhaltung von Katastrophenfahrzeugen, für Instandsetzungen am Lindenau-Museum sowie ein nicht unerheblicher Anteil zur Finanzierung von notwendigen Sozialleistungen). Wie schon vom Landrat angesprochen kam die Ernüchterung einige Tage später. Man hatte sich im Kultusministerium um ca. 93 Mio. vertan und somit lösten sich die 1,28 Mio. in Luft auf. Viele Stunden HH-Beratung waren

zunichte gemacht und neue Diskussionen erforderlich. Der vorliegende HH-Entwurf einschließlich der Änderungen ist das Ergebnis der gemeinsamen Beratung von Kreis- und Finanzausschuss vom vergangenen Montag. Die dort unterbreiteten Vorschläge der Verwaltung entsprachen zwar im Tenor den ursprünglichen Vorstellungen der Ausschüsse, aber nicht der Größe nach. Die Ausschussmitglieder sprachen sich mehrheitlich für eine weitere Senkung der Kreisumlage um 150 T€, eine Aufstockung bei den Ausgaben für die Unterhaltung der Kreisstraßen um weitere 150 T€ und eine zusätzlich Planstelle im Bereich Soziales aus, wobei diese Stelle durch Einsparungen im Bereich selbst finanziert werden soll. Eigentlich eine gute für alle zufrieden stellende Lösung, konstatiert Herr Ronneburger, aber von Jahr zu Jahr spitzt sich die Finanzlage weiter zu und auch in diesem Jahr lebt der Landkreis eigentlich über seine Verhältnisse. Trotz Rückgang der Einwohnerzahlen ist es bisher nicht gelungen, Personal- und Sachkosten dem wesentlich anzupassen. Die spezifischen Kosten im Sozialen laufen davon, im Gegensatz dazu wird das Investitionsvolumen immer geringer. Da diese Entwicklung so nicht weiter gehen kann und darf, war eine Forderungen CDU-Fraktion an die Verwaltung, den VwH im Jahr 2010 nochmals um 350 T€ zu entlasten. Leider ist es nicht gelungen, diese Forderung annähernd umzusetzen. Die Fraktion wird aber an der Forderung festhalten, verspricht er, wobei es nicht um eine Pauschalisierung der Personalkosten geht, sondern darum, die einzelnen Ämter gründlich zu durchforsten und am Ende Personal, eventuell auch für andere wichtige Aufgaben, frei zu lenken. Es kann und darf nicht zur Regel werden, Finanzlücken immer wieder durch die Erhöhung der Kreisumlage auszugleichen. So schnell wie möglich müssen eine Vielzahl, wenn nicht alle HH-Stellen, kritisch hinterfragt werden. Auch sollten in der letzten Wahlperiode begonnene Themen, wie Kulturkonzeption und HH-Optimierung, fortgesetzt werden. Herr Ronneburger ist überzeugt, dass man sich einige lieb gewonnene Dinge in Zukunft nicht mehr in dem Umfang leisten kann. Dies werde zwar zum Teil schmerzlich, aber aus Sicht der Fraktion unvermeidlich sein. An alle appelliert er, jetzt noch gemeinsam zu agieren, bevor man nur noch reagieren kann. Seine Fraktion steht in den kommenden Monaten für einen offenen und sachlichen Dialog mit allen Beteiligten zur Verfügung. Abschließend bedankt er sich bei denen, die das vorliegende Zahlenwerk mit Fleiß und Ausdauer erarbeitet haben und teilt mit, dass die Fraktion trotz kritischer Sicht im Interesse der Erhaltung der Handlungsfähigkeit dem HH 2010 mehrheitlich zustimmen wird.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Regionalen, Herr Bugar, geht einleitend auf die schon genannten Umstände der HH-Diskussion ein und stellt fest, dass am Ende alles beim Alten blieb und damit auch die Sorgen im Sozialbereich, speziell beim SGB II. Den am Montag gefundenen Kompromiss, etwas mehr Geld für Investitionen im Bereich Kreisstraßen und eine geringe Senkung der Kreisumlage einzusetzen, schätzt er als für keine Seite zufrieden stellend ein. Schlimm für ihn ist neben dem Fehlen des zustehenden Geldes, dass durch dieses Hin und Her Volksvermögen vergeudet wurde. Der zusätzliche Aufwand an Arbeitszeit für das ständige Ändern des HH-Planes ist eigentlich nicht vorhanden, sonst könnte man ja Einsparungen in der Verwaltung erzielen. Um den Aufgaben in den Kommunen und der Kreisverwaltung künftig gerecht zu werden, muss das bereits beschlossene HH-Optimierungskonzept sofort nach Beschluss des HH 2010 in Angriff genommen werden. Dabei darf es keine Tabuzonen geben. Die Liste der besonderen Aufgaben muss in allen 18 Positionen überarbeitet werden, um den Investitionsstau, nicht nur bei den Kreisstraßen, zu verringern und die Kreisumlage zu senken. Für ihn stellt sich u. a. die Frage, ob die Schülerspeisung wirklich in der derzeitigen Form subventioniert werden muss und in diesem Zusammenhang, ob wirklich alle Eltern von schulpflichtigen Kindern an der Grenze der Armut angekommen sind. Seiner Meinung nach ist nur ein Teil bedürftig. Auch der Theaterzuschuss gehört auf den Prüfstand. Aber spätestens, wenn es um die Kulturtempel geht, werden die Bürgermeister nicht die

einzigen Lobbyisten sein. Nicht mehr lange diskutiert werden muss sicher über den Zuschuss für die Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH, da die Beantwortung von Landtagsanfragen und Interviews von Verantwortlichen in verschiedenen Medien nicht geeignet sind, Hoffnung zu wecken. Die Regionalen haben für den Flugplatz gestimmt, auch wegen der sich stetig entgegen dem Bundestrend entwickelnden Passagierzahl. Wenn man aber den HH optimieren will, gehört auch der Flugplatz mit auf den Prüfstand. Von den Landtagsabgeordneten fordert Herr Bugar, sich zukünftig noch mehr für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen einzusetzen und die kommunalen Spitzenverbände in ihren Forderungen zu unterstützen. So wie die kleinen und mittelständischen Betriebe die Grundlage der Wirtschaft bilden, sind die Kommunen die Grundlage des demokratischen Staates und diese Grundlage ist nicht mehr sehr stabil. In den Kommunen gestalten die Bürger ihr Zusammenleben vor Ort, dort werden Demokratie und Politik am intensivsten gelebt und erlebt. Für die Entwicklung im Landkreis werden starke Kommunen mit dem entsprechenden finanziellen Spielraum gebraucht. Die Diskussionen in den Ausschüssen und am vergangenen Montag haben gezeigt, wie schwer es ist, Positionen aufzugeben. Herr Bugar sieht den Kreisräten und der Kreisverwaltung ein turbulentes Jahr bevorstehen. Dem vorliegenden HH stimmen die Regionalen zu, wenn auch mit vielen Bauchschmerzen.

Den Standpunkt der SPD-Fraktion legt Herr Schemmel dar. Voran stellt er, dass seine Fraktion dem vorliegenden HH zustimmen wird. Die Voraussetzungen, unter denen der HH zustande kommt, verlangen Optimismus, meint er. Das Land hat noch keinen HH, der kommunale Finanzausgleich und damit auch die Schlüsselzuweisung sind noch nicht endgültig definiert ebenso wie die Auftragskostenpauschale. Die Hartz IV-Diskussion läuft schief und quer und die Anteile, die der Bund bei der Finanzierung bringen soll, sind auch noch in der Diskussion. Die Steuerschätzung vom November wird bei der jetzigen Finanzlage nicht von einer sehr positiven im Mai ersetzt werden. Außerdem werden, wie bekannt, die Mittel aus dem Solidarpakt bis 2019 von Jahr zu Jahr abnehmen. Unter diesen Umständen ist es optimistisch, dass noch einige Verschiebungen zugunsten der Kommunen vorgenommen wurden. Herr Schemmel sieht voraus, dass man sich in den kommenden Jahren weiter über immer schmalere Geldzuweisungen beklagen wird. In der gemeinsamen Sitzung von Finanz- und Kreisausschuss habe man etwas bewegt und es wurde etwas von dem realisiert, was die 1,2 Mio. für die Kreisumlage versprochen hatten. Die Entscheidung, 450 T€ in die Senkung der Kreisumlage eingehen zu lassen, sieht er als positives Ergebnis der genannten Beratung an. Ebenso wichtig findet er die Schaffung einer neuen Personalstelle, die gemeinsam mit der Agentur für Arbeit dem Missbrauch von Hartz IV-Geldern entgegen wirken soll, und in Anbetracht des Winters die Freilenkung von weiteren 150 T€ für die Sanierung von Straßen. Da sich für ihn die Frage stellt, wie es nach Beschlussfassung des HH weiter gehen soll, erinnert er an die von seiner Fraktion am 04.06.08 eingebrachte Vorlage zur Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes, jetzt Haushaltsoptimierungskonzept genannt, und fordert, nun ein solches Konzept schon im eigenen Interesse in Angriff zu nehmen. Alle Ausgaben sind auf den Prüfstand zu stellen. Die noch vor Ende der Wahlperiode dazu an die Ausschüsse verteilten Aufträge sind unbedingt wieder aufzugreifen und man muss sich mit der Liste der freiwilligen Aufgaben beschäftigen. Am Beispiel des Theaters legt er detailliert dar, wie schwierig sich die Betrachtung aller Umstände und Auswirkungen gestaltet. Deshalb fordert er, zur Erarbeitung des Konzeptes professionelle Hilfe durch ein Beratungsbüro in Anspruch zu nehmen, der Kreistag, die Ausschüsse oder eine Arbeitsgruppe kann diese umfassende Arbeit nicht leisten. Eine weitere Konsequenz aus der ganzen HH-Situation ist, dass man an einer neuen Bewertung der Kreisgebiets- und auch einer Gemeindegebietreform nicht vorbei kommt. Die Nachbarn Sachsen-Anhalt und Sachsen haben eine sol-

che Reform, bei allem Ärger, nicht ohne Grund durchgezogen. Der Hauptgrund liegt für ihn im Rückgang der Zuweisungen an die Länder durch Bund und EU in den nächsten Jahren. Abschließend fasst er kurz zusammen:
- die Fraktion stimmt heute zu,
- auf Sparmaßnahmen ist konsequent hinzuarbeiten und dabei darf kein Thema ausgelassen werden,
- der Intention des SPD-Vorschlages zur HH-Sicherung ist zu folgen und
- an einer Kreisgebietsreform kommt man nicht vorbei.

Der Vorsitzende erteilt Herrn Tempel, Vorsitzender der Fraktion Die Linke, das Wort.

Herr Tempel stellt fest, dass die Diskussion um den Haushaltsplan eigentlich nichts Neues beinhaltet - nach wie vor untergraben Bund und Länder die Kommunalfinanzen und die kommunalen Volksvertreter der Städte, Gemeinden und Kreise streiten sich darum, was erhalten werden kann, was gestrichen werden muss und die Kreisumlage steht im Zentrum der Diskussion. Insofern hätte er auch die Rede von vor 2 oder 3 Jahren halten können, ohne dass es jemand gemerkt hätte. In seiner Rede wird er nicht nur den beklagenswerten Zustand ansprechen, sondern auch klar zu den Ursachen sprechen. An Herrn Ronneburger gewandt meint Herr Tempel, dass es nicht ausreicht, einen faulenden Zahn immer wieder zu putzen, sondern man muss diesen sanieren. In der vorgelegten „Streichliste“ ist nicht viel drin, was zu streichen wäre, deshalb hat das auch dazu geführt, dass bis heute keine konkreten Vorschläge aufgegriffen wurden. Beim Land hat sich im Vergleich zur Althaus-Regierung nicht viel geändert, die scheibchenweise Reduzierung der Zuwendungen an die Kommunen setzt sich nahtlos fort. Neu ist aber, dass in diesem Fall ein vollständiges Chaos herrscht, es gibt keine belastbaren Zahlen, so dass man eigentlich den Haushalt „ins Blaue hinein“ beschließen soll. Herr Tempel erinnert sich, dass ihm von Herrn Bugar während einer Ausschusssitzung Unsachlichkeit vorgeworfen wurde, weil er so sehr auf die Ursachen eingeht. Im Bundestag war zu entscheiden, dass die Beteiligung an den Unterkunftskosten reduziert wird zum Nachteil der Kommunen, was für den Landkreis eine Mindereinnahme von ca. 600 T€ bedeutet. Jedem - zumindest von CDU und FDP -, der hier beklagt, dass die Kreisumlage wieder erhöht werden muss, dem muss man diese Zahl auf den Tisch legen und sagen, dass uns dieses Geld fehlt. Man kann nicht immer nur kritisieren und verlangen, dass noch sparsamer gearbeitet werden muss.
Herr Tempel zeigt volles Verständnis für die Bürgermeister sowie Stadt-, Kreis- und Gemeinderäte, die immer wieder versuchen, Lösungen zu finden, weil auch die Städte und Gemeinden leben und gestalten wollen.
Er verweist auf das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, woraus sich für die Kommunen weitere Einbußen ergeben. Dazu kommt eine schlechte Konjunkturprognose, verbunden mit weiteren Einnahmeeinbußen für die Gemeinden. In der Summe werden sich noch ganz andere Zahlen ergeben, als uns heute ins Haus stehen. Herr Tempel nimmt Bezug auf die Kommunalwahlen im vergangenen Jahr und stellt fest, dass insbesondere junge Menschen nicht zu einer Kandidatur bereit sind, weil der Spielraum für die kommunalen Räte so begrenzt ist und nur noch Pflichtaufgaben „abzunicken“ sind. Die kommunale Selbstverwaltung war heute ein Thema in der aktuellen Stunde im Bundestag. Dort hat Herr Steinmeier festgestellt, dass die kommunale Selbstverwaltung eklatant in Gefahr ist. Insofern müsste er eigentlich in diesem Punkt heftigen Beifall von der SPD-Fraktion bekommen. Mit der nachträglichen Erhöhung der Schlüsselzuweisungen durch das Land gab es zumindest im Ansatz so etwas wie kommunale Selbstverwaltung. Kommunale Selbstverwaltung ist eigentlich der vorhandene Gestaltungsspielraum. An dieser Stelle muss er eine Lanze für den Kreistag brechen. Die Art und Weise der Diskussion darüber hat eigentlich gezeigt, wie gut und wirkungsvoll Kommunalpolitik

sein kann. Es wurde über Fraktionsgrenzen und Interessengruppen hinweg sehr vernünftig diskutiert und kompetent von der Verwaltung unterstützt wurde ein guter Kompromiss gefunden. Aber die Schlüsselzuweisungen wurden wieder gestrichen, so dass man wieder beim alten Planentwurf ist. Es erstaunt ihn immer wieder, dass die Verwaltung doch immer wieder Rücklagen hat und bereit ist, etwas zu ermöglichen. Das zeugt von einer hohen Kompetenz. Das Problem ist allerdings, dass immer noch nicht bekannt ist, ob der zu beschließende Plan belastbar ist.
Herr Tempel verweist weiter auf die z. Z. laufenden Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst. Es lässt ihn nicht kalt, wenn zuerst die Kommunalfinanzen ruiniert werden und dann die schwachen Kommunalfinanzen als Anlass genommen werden, die Beschäftigten die Suppe auslöffeln zu lassen. Wenn man sich die Wachstumsraten bei den Einkommen im öffentlichen Dienst ansieht, dann sieht man, dass der öffentliche Dienst in den letzten 20 Jahren dabei mit das Schlusslicht bildet. Hinsichtlich der immer wieder angesprochenen Personalreduzierung verweist Herr Tempel auf die Aussagen des Landrates, dass es immer mehr Aufgaben werden, die zu leisten sind. Und öffentlicher Dienst ist Leistung für den Bürger, d. h., das alles, was wir irgendwann wegstreichen ein Streichen der Leistungen für die Bürger ist, die Steuern bezahlen und einen Anspruch darauf haben, dass diese Leistungen gebracht werden; es sind keine Almosen und der Kreistag ist nicht nur gewählt, um irgendwelche Pflichtaufgaben zu lösen, sondern es geht auch darum, ein gewisses Maß an freiwilligen Leistungen zu erbringen und das Erbringen von freiwilligen Leistungen ist Pflicht, führt Herr Tempel aus.
Von einem tatsächlichen Gestaltungsspielraum für kommunale Räte kann also keine Rede sein. Das sagen auch alle kommunalen Spitzenverbände. Die Schlussfolgerung, dass das Finanzvolumen dieses Haushaltes nicht ausreicht, ist ein Hinweis darauf, dass die verfassungsmäßige kommunale Selbstverwaltung nicht gegeben ist. Wenn die Kommunen nicht gemeinsam dagegen vorgehen, wird sich nichts ändern. Im Bundestag wurde heute in der aktuellen Stunde von einer CDU-Kollegin geäußert, dass man sich zunächst anschauen will, ob die Kommunen ihre Aufgaben stemmen können, wenn nicht, wird auf die Bundesregierung Verlass sein und man wird den Kommunen beispringen. Wenn die Kommunen nun ihre Haushalte ausgeglichen vorlegen, dann wird es heißen, dass es doch geht und im nächsten Jahr wird es mit Sicherheit nicht besser werden. Es ist naiv zu glauben, dass es sich um einen einmaligen Vorgang handelt, es wird sich von Jahr zu Jahr fortsetzen, wenn nicht endlich ein Schlussstrich gezogen wird. Die Fraktion Die Linke. wird dieses falsche Signal nicht setzen und deshalb dem Haushalt mehrheitlich nicht zustimmen, erklärt Herr Tempel abschließend.

Für die FDP-Fraktion ergreift der Fraktionsvorsitzende, Herr Schalla, das Wort.

Herr Schalla betrachtet es als sehr positiv, dass sich die Verwaltung schon Wochen vor Fertigstellung des ersten Planentwurfs mit den wenigen bekannten Zahlen und Vorgaben des Landes auseinander gesetzt hat. Er hat in den letzten Tagen und Wochen mit sehr vielen Verwaltungsmitarbeitern Gespräche geführt, um die Situation vor Ort kennen zu lernen und sich die Zahlen vor Ort erläutern zu lassen, auch weil die verschiedensten Themen, die ihm wichtig waren, in den Ausschüssen zur Sprache kamen. Er dankt der Verwaltung, insbesondere Frau Wecker, herzlich für die geleistete Unterstützung und vor allem für die durch mehrmals geänderte Vorgaben des Landes geleistete erhebliche Arbeit.
Herr Schalla bringt seine Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass die Investitionsmittel für den Landkreis so gering sind, dass er sich die Frage stellen muss, ob die politischen Kräfte überhaupt in der Lage sind, für die Bevölkerung ein Zeichen zu setzen, dass es sich lohnt, weiter im Altenburger Land zu leben. Er stellt fest, dass die finanziellen Mittel nicht einmal ausreichen, um grundlegende Pflichtaufgaben zu erfüllen, was

aber nicht unsere Schuld ist. Diese Tatsache macht ihn traurig und ist bitter. Weiter stellt er fest, dass man sich auch von etwas trennen können muss, wenn man feststellt, dass es so nicht weiter geht. In den letzten Tagen war verstärkt von sog. big points die Rede. Die FDP-Fraktion befürwortet die Einsparung von Finanzmitteln bei big points. Eine Reihe von Städten und Gemeinden musste sich von Vorhaben, Projekten oder geliebten Einrichtungen trennen. Auch unser Landkreis wird das tun müssen. Ohne Umdenken bei der Theaterfinanzierung, der Bezuschussung des Flugplatzes oder anderer Einrichtungen wird die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landkreises nicht gehalten werden können. Politik wird sinnvoller Weise von unten nach oben gestaltet. Es gilt, über eine Neuausrichtung der Aufgaben des eigenen Wirkungskreises und der freiwilligen bzw. besonderen Aufgaben nachzudenken. Auch über die Auslegung dieser Aufgaben durch den Kreistag bzw. die Verwaltung sollte diskutiert werden. Die FDP-Fraktion hat in den letzten Wochen verstärkt den fairen Umgang mit Kreistagsmitgliedern vermisst, welche zu verschiedenen Haushaltspositionen eine andere Sichtweise haben oder diese hinterfragen. Er kritisiert, dass in diesem Zusammenhang oft vom Landrat auf einen ausgeglichenen Haushalt hingewiesen wird und dass für Streichungen Vorschläge von den Kreistagsmitgliedern gemacht werden sollen. Diese Vorgehensweise wird die FDP-Fraktion auch künftig nicht mit tragen.
Kreistagsmitglieder, die Einsparungsvorschläge unterbreiten, werden all zu gern als Behinderer der Wirtschaft im Amtsblatt oder zu Neujahrsansprachen hingestellt. So lässt sich im Landkreis auch in finanzieller Hinsicht keine vernünftige Weichenstellung erzielen. Weiter führt Herr Schalla aus, dass sich die Ansicht der Fraktion zur Flugplatzproblematik nicht geändert hat. Nach wie vor ist für die FDP-Fraktion eine Umwidmung von Geldern zur Stärkung der regionalen Wirtschaft in einen Werbekostenzuschuss für ein irisches Unternehmen ein schwerwiegender Fehler und aus Sicht der Fraktion ein ungerechtfertigter Eingriff in den Kreishaushalt 2010. Abschließend äußert sich Herr Schalla zur Kreisumlage. Es geht um die Senkung der Erhöhung der Kreisumlage und wenn die Bürgermeister sagen, dass die Kreisumlage gesenkt werden soll, dann ist das legitim - egal, ob er das für richtig hält oder nicht. Die im Kreistag vertretenen Bürgermeister haben das Recht, sich dazu zu äußern. Und da es in diesem Fall nicht nur um kleine Fische geht, wie auch von der Fraktion in der letzten KTS zum Thema Flugplatz beschrieben, sondern um einen big point, wird die FDP-Fraktion dem vorliegenden Planentwurf mehrheitlich nicht zustimmen, erklärt Herr Schalla abschießend.

Der Vorsitzende erteilt Frau Fache das Wort.

Frau Fache möchte ihren Beitrag als Ergänzung zum Redebeitrag von Herrn Tempel vortragen. Damit möchte sie ihr Nein zum Haushalt öffentlich machen, und zwar als Protest gegen die chaotische Finanzpolitik der Thüringer Landesregierung. Aufgrund der vom Land verursachten Situation haben die Kreistagsmitglieder in den letzten Wochen intensive Arbeit geleistet, es war in diesem Bereich eine ideologiefreie Sachpolitik möglich. Mitglieder aller Fraktionen unterstützten z. B. den Antrag auf bessere Finanzausstattung des Lindenau-Museums. Es gab Gespräche untereinander ohne Ansehen der Partei und es wurde nach Lösungen gesucht. Seit der Reduzierung der zugesagten Mittel durch das Land wurde deutlich, dass eine solche Arbeit nur mit einer soliden Mindestausstattung möglich ist, die einen gewissen Spielraum für die freiwilligen Aufgaben lässt. Ein Bürgerhaushalt ist lt. Aussage von Frau Wecker auch nur über freiwillige Leistungen machbar und deshalb auch nicht möglich, äußert Frau Fache weiter.
Sie selbst war für eine Verschiebung des Haushaltsbeschlusses, weil aufgrund des Zeitdruckes keine Möglichkeit mehr bestand, sich mit dem ursprünglichen Planentwurf nochmals intensiver zu befassen. Das betrifft auch den größten Teil der Ausschüsse. Vielleicht hätte sich der SKSpA durchringen können, wenigstens die in der FA-Sitzung

zugesagten 10 T€ für Ausstellungen des Lindenau-Museums in den Plan einzustellen. Deshalb muss weiter nach Lösungen gesucht werden. Sie würde gern wissen, wie das Land reagieren würde, wenn das Lindenau-Museum als Thüringer Leuchtturm in Erfurt stehen und für die Landeshauptstadt werben würde. Seit Jahren hört sie, dass das Land mit ins Boot geholt werden muss. Aber nach wie vor ist der Landkreis der Träger. Nach Schuldigen zu suchen, ist eine Seite, aber wichtiger ist es, unsere Verantwortung wahrzunehmen und an anderer Stelle gemeinsam eine Lösung einzufordern. Die Fraktion wird das Ende der Verhandlungen mit der Landesregierung abwarten und dann erneut ihren Antrag zur Verbesserung der Finanzausstattung für das Lindenau-Museum überprüfen. Museen bewahren das kulturelle Gedächtnis jedes Landes und für das Lindenau-Museum gilt das insbesondere, führt sie abschließend aus.

Der Vorsitzende erteilt Herrn Wolf das Wort.

Herr Wolf äußert, dass der vorliegende Haushaltsplanentwurf eigentlich ein Desaster ist. Normalerweise müsste man ihn ablehnen. Die SPD-Fraktion tut das nicht, auch er nicht - aus kommunaler Verantwortung heraus. Aber die wahren Ursachen für das Desaster liegen auf Bundes- und Landesebene, aber auch auf Landkreisebene. Auch die Bediensteten der Städte und Gemeinden geben wie die Bediensteten des Landratsamtes jeden Tag ihr Bestes.
Wenn ein Landkreis mit ca. 100 000 Einwohnern nur noch in der Lage ist, 3,1 Mio. Euro zu investieren, dann ist das ein Armutszeugnis. Von den 1,17 Mio. Euro Investitionsmitteln für Schulen sind 1 Mio. Euro Investitionszuweisungen des Landes, so dass es lediglich 175 T€ Eigenanteile des Landkreises als Komplementärfinanzierung für Zuweisungen sind. Als OB der Stadt Altenburg freut es ihn, dass ca. 250 T€ im Bereich Brand- und Katastrophenschutz im Haushaltsplan eingestellt sind und auch eine VE in Höhe von 567 T€. Damit kommt der Landkreis seiner Verpflichtung für die technische Hilfeleistung im überörtlichen Brandschutz und im Katastrophenschutz nach. Für die Museen, Wissenschaft und Forschung sollen lediglich 45 T€ für Investitionen ausgegeben werden. Wenn er sich anschaut, dass für die soziale Sicherung 500 T€ ausgegeben werden, die bei genauerem Hinsehen eine Einnahme aus der Sparkasse sind und deshalb gar nicht aus dem Vermögen des Landkreises kommen, weil sie nur ein Durchlaufposten sind, und dass für die Kreisstraßen 1,1 Mio. Euro ausgegeben werden, dann sind wir bei 3,1 Mio. Euro, wobei man wissen muss, dass ungefähr 450.000 Euro vom Landkreis kommen - dann bleibt eigentlich so gut wie gar nichts mehr übrig bei den vielen Kreisstraßen. Er ist Herrn Ronneburger dankbar für seinen Vorschlag, 150 T€ aus der Rücklage zu entnehmen. Sonst hätten man wahrscheinlich die Fördergelder des Freistaates gar nicht abfordern können. Wenn andererseits auf Brückenprüfungen und andere notwendige Zahlungen z. B. aus Vereinbarungen verzichtet wird, dann kommt eine Summe von Restmaßnahmen heraus, die entbehrlich wären, die geringer ist als 400 T€ und gerade darauf sollte ein Sperrvermerk gelegt werden, weil das aus dem Grundstückstauschvertrag mit der Stadt Altenburg genommen werden soll und man sich nicht sicher ist, ob das Geld fließt. Wenn also die 150 T€ aus der Rücklage nicht entnommen worden wären, dann hätten einige Verpflichtungen nicht realisiert werden können. Das zeigt eigentlich das Desaster: Der Landkreis ist hinsichtlich des Investitionsvermögens schlichtweg handlungsunfähig und das ist eine Katastrophe nicht nur für unseren Landkreis, sondern letztendlich auch für unsere Kommunen, weil nämlich viele dieser Kreisstraßen auch für die Kommunen wichtig sind. Herr Wolf stimmt dem Landrat nicht zu, wenn dieser die kommunale Gemeinschaft an den Pranger stellt und sagt, dass artfremde Mittel zur Senkung der Kreisumlage verwendet werden. Er betrachtet das als äußerst unfair. Es sind letztendlich 150 T€, die von den Kreisräten hart eingefordert worden sind. 1,7 Mio. Euro Kreisumlagenerhöhung war zu viel, 1,25 Mio. Euro

Kreisumlagenerhöhung ist nach wie vor zu viel. Wenn der Landrat das schon sagt, dann soll er auch so ehrlich und fair sein zu sagen, dass aus der Rücklage des Landkreises 670 T€ heraus genommen werden, um als Zuschuss für die Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH verwendet zu werden. Das sind nämlich Gelder, die aus der Rücklage raus gehen, damit wir nicht sagen müssen, dass deswegen die Kreisumlage erhöht worden ist. Diese Gelder werden vom Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt überführt und verwendet für den so genannten Marktführer in Europa. Herr Wolf meint weiter, dass wir uns den Flugplatz nicht mehr leisten können. Und wenn die Stadt es sich 2011 nicht mehr leisten kann - er hat genügend Prügel dafür bekommen - dann sagt er klipp und klar, dass es sich auch der Landkreis erst recht nicht mehr leisten kann, 2011 den Flugplatz zu finanzieren. Das bedeutet, dass er überhaupt nicht einverstanden ist, dass der Freistaat sich drückt. Aber wir können es letztendlich auch nicht leisten. Der Landkreis bezahlt 2010 an freiwilligen Zuschüssen 741 T€ (ohne Feuerwehr und Pflichtzuschüsse). Lt. Finanzplan hat er 903 T€ zu zahlen. Wenn man sich den Finanzplan anschaut, dann sieht man, dass 2011 die Kreisumlage um weitere 1,2 Mio. Euro steigen soll, danach steigt sie nochmals um 263 T€, danach um 86 T€ und es geht immer weiter. Wenn man gleichzeitig die Entnahme aus den Rücklagen betrachtet, dann bedeutet das, dass wir in diesem Jahr 1,16 Mio. Euro Entnahme haben und dann auf 225 T€ zurückgehen. Das bedeutet eindeutig, dass die Finanzierung des Flugplatzes aus der Erhöhung der Kreisumlage erfolgt. Er bedauert außerordentlich, dass es diese Entwicklung beim Flugplatz gegeben hat. Wenn wir aber nicht vernünftig werden, wenn wir im Landkreis nicht klar und deutlich darüber diskutieren, dass wir es uns nicht mehr leisten können, kommunales Vermögen in Richtung dieser Finanzierung zu geben, dann werden wir noch weniger finanzieren können und im Jahr 2011 von 3,1 Mio. Euro träumen. Er wird dem Haushaltsplan dennoch zustimmen, weil wir handlungsfähig bleiben müssen, erklärt er abschließend.

Der Landrat meint an Herrn Wolf gewandt, dass er es schade findet, dass sich Herr Wolf nach langer Zeit wieder zu einem persönlichen Angriff hinreißen lässt. Er betont, dass es überhaupt nicht sein Anliegen war, die Städte und Gemeinden zu diskreditieren und das er das auch nicht getan hat. Er hat nur ganz klar aus seiner Sicht gesagt, dass es die falsche Deckungsquelle ist, aber er trägt die Entscheidung ja mit, er ist nur der Meinung, dass das keine Fortsetzung finden kann, weil wir uns den Boden unter den Füßen wegziehen. Es geht übrigens auch nicht um 150 T€, sondern der gesamte Marketingzuschuss wird aus der Kreisrücklage finanziert und hat nichts mit Umlagen zu tun. Diese Summe wurde am Montag um 201 T€ gekürzt und das geht auch in die Reduzierung der Kreisumlage ein. Das heißt, dass am Montag aus den Rücklagen 350 T€ entnommen wurden und nicht 150 T€. Diese Mittel fehlen für Investitionen. Die Städte und Gemeinden sitzen im selben Boot. Aber die Verursacher sind nicht wir, deshalb macht ihn das Verhalten der Linken etwas traurig, denn mit der Ablehnung des Haushaltes, was praktisch zur Handlungsunfähigkeit führen würde, werden die Falschen bestraft.
An Herrn Ronneburger gewandt führt der Landrat aus, dass er es für unfair gegenüber der Kreisverwaltung hält, einfach zu sagen: Spart 350 T€ ein, ihr könnt das. Im Nachhinein ärgert sich der Landrat darüber, den Kreistagsmitgliedern nicht die Anfangsplanungen für den Haushalt vorgelegt zu haben. Dann hätten sie sehen können, dass zu Beginn die Kreisumlageerhöhung mehr als 5 Mio. Euro betragen hätte. Dann wäre sichtbar, was durch die Kreisverwaltung an wichtigen, teils existenziellen Dingen schon weg gestrichen wurde, damit die Kreisumlage auf den jetzigen Stand kommt.
Der Landrat erinnert daran, dass in 10 Jahren 125 Stellen abgebaut und durch Haustarifverträge und freiwillige Arbeitszeitverkürzung Unsummen eingespart wurden. Und trotzdem wird immer wieder gefordert, dass die Kreisverwaltung sparen soll, was nichts anderes bedeutet, als Personal zu entlassen.

Er weist darauf hin, dass wir immer noch dieselben Schulen, dieselben Kreisstraßen und Kultureinrichtungen und den Flugplatz haben, und ständig werden zusätzliche Aufgaben vom Land übertragen. Er bittet darum, mit der Verwaltung fair zu sein. Es kann nicht immer nur an der einen Stelle gespart werden und „im stillen Kämmerlein“ über Theaterfinanzierung u. a. geredet werden, ohne es öffentlich zu sagen. Es muss auch an anderer Stelle gespart werden. Es hat aber keine konkreten Vorschläge für Einsparungen gegeben, außer für den Flugplatz.
Abschließend bittet der Landrat um Zustimmung zum Planentwurf.

Frau Sojka stellt fest, dass alle Kreistagsmitglieder die Situation beklagen und von den Landtagsabgeordneten einfordern, dass sie kämpfen sollen. Sie und Herr Tempel tun dies, aber sie fühlen sich allein gelassen. Wenn man eine Situation beklagt und dann trotzdem immer wieder zustimmt und doch noch mehr wegstreicht, dann kann sie darin keinen Sinn sehen. Für die Fraktion der Linken ist das Fass übergelaufen. 2009 gab es 300 Mio. Euro Schlüsselzuweisungen an die Landkreise. Im Referentenentwurf, auf dem der Haushalt basiert, stehen 288 Mio. Euro. Dieser Entwurf wurde den Oppositionsparteien zwar nicht übergeben, aber sie haben ihn sich besorgt. Hier sind sich CDU und SPD einig, aber im Land sind sie es nicht, da herrscht Chaos, meint sie. Sie bringt ihre Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass die SPD-Fraktion einer Vorlage zustimmen kann, wo drin steht „wurde über die beabsichtigte Reduzierung der angemessenen Finanzausstattung der Landkreise und Kommunen in Folge von Fehlberechnungen des Kultusministeriums durch das TIM informiert“. Das ist nichts anderes als Chaos. Sie hat versucht aufzuklären, wohin die 93 Mio. Euro verschwunden sind. Nicht einmal der Staatssekretär Prof. Merten konnte das erklären, er schob es auf das von der CDU geführte Innenministerium. Die Linken haben heute Unterschriften für das Kita-Gesetz gesammelt. Es wird hoffentlich 2000 Erzieherinnen und Erzieher mehr geben, aber auf Kosten der Kommunen oder Elternbeiträge, wenn nicht aufgepasst wird. Sie ist Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages. Deshalb kann sie sich nicht einverstanden erklären mit der Aussage, dass kein Geld da sei. Allein 2,6 Mio. Euro wurden im vergangenen Jahr beim Schullastenausgleich nicht ausgereicht. Immer und überall werden wir vor knallharte Fakten gesetzt, die geschluckt werden sollen. Wenn wir so weitermachen, dann werden sich weder Bund noch Land um eine bessere Finanzausstattung der Kommunen bemühen. In der gestrigen Regierungspressekonferenz des Herrn Huber war weder vom neuen FAG noch von der Reduzierung der Schlüsselzuweisungen die Rede. Im Brief des LKT steht auch drin, dass dem Entwurf des ThürFAG nicht zugestimmt und nach wie vor von 288 Mio. € ausgegangen wird. Was wir hier tun, ist vorauseilender Gehorsam wie zu besten SED-/DDR-Zeiten und das werden die Linken nicht mehr mitmachen, schließt sie ihre Ausführungen.

Herr Schemmel stellt fest, dass sowohl bei der Bundes- als auch Landesregierung, auch aus Einsparungsgründen für die Kommunen, nicht genügend Geld ausgewiesen wird. Es müssen entsprechende Wege in den Parteien gefunden werden, aber im Kreistag kann man nicht die Proteste forcieren, sondern muss sich um die Lage im Landkreis kümmern. Der wichtigste Beschluss im Jahr ist der Haushaltsbeschluss. Er findet es völlig unangemessen, wenn er sich dieser Entscheidung aus parteipolitischen Gründen entzieht. Das entspricht nicht den Erwartungen der Bürger.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bittet der Vorsitzende um die Empfehlung des Finanzausschusses.

Herr Nündel informiert, dass der Finanzausschuss am Montag eine mehrheitliche Beschlussempfehlung gegeben hat.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Verkehr, der Sozial- und Gesundheitsausschuss und der Schul-, Kultur- und Sportausschuss haben keine Abstimmung zur Beschlussempfehlung durchgeführt, informieren die Ausschussvorsitzenden.

Der Jugendhilfeausschuss hat einstimmig empfohlen, den Haushaltsplan im Bereich SGB VIII, Bereich 45, mit den Änderungen der UA 45420, 45600 und 45610, wo Mehraufwendungen von 110 T€ beinhaltet sind, zu beschließen, führt Herr Tanzmann aus und dankt im Namen der Ausschussmitglieder für die Erhöhung.

Der Landrat informiert, dass der Kreisausschuss mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen und 1 Gegenstimme die Beschlussfassung empfohlen hat.

Frau Franke informiert, dass der Werkausschuss ebenfalls mehrheitlich die Beschlussfassung empfohlen hat.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, leitet der Vorsitzende die Abstimmung ein. Er bittet um das Handzeichen für die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2010 einschließlich der vorliegenden Änderungen.

Durch den Kreistag wird der nachfolgende Beschluss gefasst.

Beschluss Nr. 49:

Der Kreistag beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Jahr 2010 des Landkreises Altenburger Land.

Für die Haushaltsstelle 65000.96310 - Kreisstraßen/Beläge wird ein Sperrvermerk in Höhe von 400.000 € festgesetzt. Über die Freigabe der Mittel entscheidet der Kreistag.

Abstimmungsergebnis:
Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 44 Mitglieder anwesend.
Der Beschluss wurde mit 31 Ja-Stimmen bei 10 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen gefasst.

KT-DS/050/2010

TOP 6 Finanzplan einschließlich Investitionsprogramm für die Jahre 2009 bis 2013

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass heute als Anlage zur KT-DS/050/2010 ein neuer Finanzplan ausgeteilt wurde.

Es gibt keine Anfragen/Diskussion.

Der Vorsitzende des Finanzausschuss, Herr Nündel, teilt mit, dass der Ausschuss die Beschlussfassung mehrheitlich empfiehlt.

Der Vorsitzende bittet um Zustimmung zum vorliegenden Finanzplan 2009 - 2013.

Durch den Kreistag wird daraufhin der nachfolgende Beschluss gefasst.

Beschluss Nr. 50:

Der Kreistag beschließt den Finanzplan 2009 bis 2013 des Landkreises Altenburger Land gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:
Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 43 Mitglieder anwesend.
Der Beschluss wurde mit 27 Ja-Stimmen bei 6 Nein-Stimmen und 10 Stimmenthaltungen gefasst.

KT-DS/051/2010

TOP 7 Feststellung des Jahresabschlusses, Ergebnisverwendung sowie Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der TPT Theater und Philharmonie Thüringen GmbH für das Geschäftsjahr 2008

Wegen Befangenheit nimmt das Aufsichtsratsmitglieder Herr Rydzewski, an der Beratung und Abstimmung zum gesamten TOP nicht teil. Herr Wolf erklärt sich zu Punkt 5. für befangen.

Der Vorsitzende ruft den TOP auf, verweist auf die vorliegende KT-DS/051/2010 und darauf, dass über die Entlastung des Aufsichtsrates zu diesem und dem folgenden TOP gesondert abgestimmt wird.

Es gibt keine Anfragen oder Diskussion.

Der Kreisausschuss empfiehlt einstimmig, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen, teilt Frau Gräfe mit.

Der Vorsitzende bittet bei Einverständnis mit den Punkten 1. - 4. der o. g. Drucksache um das Handzeichen. Anschließend stellt er die Entlastung des Aufsichtsrates zur Abstimmung.

Durch den Kreistag wird der nachfolgende Beschluss gefasst.

Beschluss Nr. 51:

Der Kreistag stimmt dem in der Gesellschafterversammlung der TPT Theater und Philharmonie Thüringen GmbH am 24.11.2009 unter Gremienvorbehalt gefassten Beschluss zu und beschließt zum Jahresabschluss der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2008:

1. den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2008 der TPT Theater und Philharmonie Thüringen GmbH mit der Bilanzsumme von 6.236.012,94 Euro festzustellen,

2. den Jahresüberschuss in Höhe von 4.090,45 Euro gemäß § 58 Nr. 6 AO in die Gewinnrücklage einzustellen; der verbleibende Gewinn in Höhe von 81.254,32 Euro wird auf neue Rechnung vorgetragen,

3. der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2008 der TPT Theater und Philharmonie Thüringen GmbH wird genehmigt.

4. den Geschäftsführer für das abgelaufene Geschäftsjahr zu entlasten,

5. den Aufsichtsrat der für das abgelaufene Geschäftsjahr zu entlasten.

Abstimmungsergebnis:
Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 42 bzw. 41 Mitglieder anwesend.
Der Beschluss wurde zu den Punkten 1. - 4. sowie zum Punkt 5. jeweils einstimmig gefasst.

KT-DS/053/2010

TOP 8 Feststellung des Jahresabschlusses, Ergebnisverwendung sowie Entlastung der Geschäftsführung der Krankenhaus-Service-Gesellschaft Altenburger Land mbH und des Aufsichtsrates der Klinikum Altenburger Land GmbH für das Geschäftsjahr 2008

Der Vorsitzende ruft den TOP auf und verweist auf die KT-DS/053/2010.

Der Landrat und Herr Gumprecht erklären sich als Aufsichtsratsmitglieder für den gesamten TOP für befangen und nehmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.
Herr Wolf erklärt sich für befangen bei Punkt 5. des BV.

Anfragen/Diskussion gibt es nicht.

Der Kreisausschuss empfiehlt einstimmig, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen, teilt Frau Gräfe mit.

Der Vorsitzende bittet zunächst um Abstimmung über die Punkte 1. bis 4. des Beschlussvorschlages gemäß o. g. Drucksache. Danach führt er die Abstimmung zum Punkt 5. durch.

Durch den Kreistag wird damit der nachfolgende Beschluss gefasst.

Beschluss Nr. 52:

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land stimmt dem in der Gesellschafterversammlung der Klinikum Altenburger Land GmbH am 02.12.2009 gefassten Beschluss zu und beschließt zum Jahresabschluss der Krankenhaus- Service-Gesellschaft Altenburger Land GmbH für das Geschäftsjahr 2008:

1. den Jahresabschluss zum 31.12.2008 mit einer Bilanzsumme von 412.978,58 € und einem Jahresüberschuss in Höhe von 71.637,50 € festzustellen,
2. von dem Jahresüberschuss 2008 in Höhe von 71.637,50 € zzgl. Gewinnvortrag in Höhe von 89.612,35 € eine Ausschüttung an die Gesellschafter in Höhe von 60.000,00 € vorzunehmen,
3. den Restbetrag in Höhe von 101.249,85 € auf neue Rechnung vorzutragen,
4. die Geschäftsführung zu entlasten,

5. den Aufsichtsrat der Klinikum Altenburger Land GmbH zu entlasten (§ 11 Abs. 3 Buchstabe p) des Gesellschaftsvertrages).

Abstimmungsergebnis:
Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 41 bzw. 40 Mitglieder anwesend.
Der Beschluss wurde zu den Punkten 1. - 4. sowie dem Punkt 5. jeweils einstimmig gefasst.

Der Vorsitzende schließt um 18:52 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Nach einer Pause führt er die Sitzung mit dem nicht öffentlichen Teil weiter.

Altenburg, den 24.02.2010

Der Vorsitzende

Fritz Schröter
Vorsitzender des Kreistages

Die Schriftführerinnen

Gudrun Benndorf Mareile Köhler
Büro des Kreistages